

Rubrik "Bildung und Erziehung"

W. Bernet, wbt

Was ist los mit der Diskussion um die Volksschule?

Über die Volksschulen wird zurzeit intensiv debattiert. Oft geht es dabei um die Ansprüche einzelner Interessengruppen oder um politische Profilierung. Es melden sich aber auch tief besorgte Stimmen zu Wort. Der folgende Beitrag stellt die Thesen einer neuen Interessengruppe vor und plädiert für eine von Maximalforderungen absehende Debatte.

wbt. Welche Volksschule brauchen wir? Das ist trotz all den in den letzten Jahren eingeleiteten und umgesetzten Reformen eine Frage, über die es offenbar zurzeit keinen gesellschaftlichen Konsens gibt. Viel häufiger wird eine andere Frage gestellt: Was läuft mit der Volksschule falsch? Fragt man so, sind die Diagnosen einfacher und die Rezepte wohlfeiler - allerdings um den Preis einer einseitigen Perspektive. In den letzten Wochen und Monaten sind die Diskussionen um die Zukunft der Volksschulen neu aufgeflammt. Wesentlich dazu beigetragen haben die in Initiativen erhobene Forderung nach freier Schulwahl und der plötzlich aufgetauchte Widerstand gegen das 2007 vereinbarte Harnos-Konkordat.

Zehn mahrende Thesen

Viele Diskussionsbeiträge erschöpfen sich darin, die Anliegen und Ansprüche einzelner Interessengruppen darzulegen. Im Laufe dieses Jahres haben die politischen Parteien die Volksschule als Feld der Profilierung entdeckt, vor allem die in die Oppositionsrolle verwiesene SVP, die sich an die Spitze der Harnos-Gegner gestellt hat. Mit dem Einlegen des Rückwärtsganges ist der Verbesserung der Volksschule aber wenig gedient, auch nicht mit einer Verteufelung von Harnos. Nötig sind Diagnosen, denen nicht von Anfang an der Geruch von Eigeninteressen oder Profilierungszwang anhaftet.

Unter dem Namen Interessengemeinschaft Kindgerechte Schule sind im September der Kinder- und Jugendpsychologe Allan Guggenbühl, der Kinderarzt Remo Largo, der Berner Pädagoge Fritz Osterwalder und der Bündner Sekundarlehrer und Spezialist für frühes Sprachenlernen Urs Kalberer mit zehn Thesen zu aktuellen Herausforderungen der Volksschule an die Öffentlichkeit getreten. Ihre Aussagen sind zwar weder gänzlich neu noch absolut kohärent, aber sie stellen einen Versuch dar, den Finger auf wenig wahrgenommene wunde Punkte zu legen und die Klagen vieler Praktiker über den zu grossen Einfluss von Bildungstechnokraten und Expertengremien ernst zu nehmen.

Überfordertes «Erfolgsmodell» (siehe Kasten)

In seiner ersten These bezeichnet Fritz Osterwalder die Volksschulen trotz aller Kritik als «Erfolgsmodell». Dank ihr gelinge es fast jedem Jugendlichen, Zugang zu weiterführender Bildung oder einem qualifizierten Beruf zu finden. Sie könne aber nicht alle Probleme lösen, die man ihr überantworten wolle. Die Delegation aller anstehenden gesellschaftlichen und individuellen Probleme an die Schule überfordere die Institution Schule, die Lehrpersonen und die Kinder. Zu eigenverantwortlichen und freien Menschen könnten sich Kinder nur entwickeln, wenn die Erziehungsverantwortung zwischen Eltern, Schule und anderen Institutionen aufgeteilt werde. Wichtig für alle Beteiligten sei eine klare und eingeschränkte Aufgabenstellung für die öffentliche Volksschule.

Die bürgernahe und kostengünstige Führung und Verwaltung der Volksschule hat für Osterwalder zu ihrer engen Einbindung in die Öffentlichkeit - Eltern, Bürger, demokratisch gewählte lokale Milizgremien - geführt. Seit dem Einsetzen der Schulreformen in den letzten zwei Jahrzehnten beanspruchten aber zunehmend Expertengremien zwischen Schule und Öffentlichkeit die alleinige Zuständigkeit für die Schule. Setze sich diese Entwicklung fort, bleibe den einzelnen Eltern als einzige Möglichkeit der

wirklichen Einflussnahme die Wahl einer Privatschule.

Diese Expertenschelte findet allerdings auch in der Lehrerschaft nicht ungeteilte Zustimmung. Milizbehörden genügten als operative Führungsorgane den heutigen Ansprüchen nicht mehr und die wirklichen strategischen Entscheidungen würden längst nicht mehr in den Gemeinden getroffen, schreibt Anton Strittmatter, Leiter der pädagogischen Arbeitsstelle von LCH, der Dachorganisation der Schweizer Lehrerschaft, in einer Replik dazu.

Erzieherische Mitverantwortung

Remo Largo hält den Reformbedarf des Bildungssystems für ausgewiesen, etwa durch die Resultate der Pisa-Studien. Das gelte vor allem für die Integration bildungsferner Familien. Man müsse sich aber bewusst sein, dass das Bildungssystem mit dem Messen, Vergleichen und Festlegen von Standards allein nicht verbessert werde. Largo warnt vor einem Überborden; man heize nur einen ungesunden Wettbewerb an. Wichtiger seien die Bildungsinhalte, die pädagogischen Konzepte und die Bedürfnisse der Kinder. Eine an den Kindern orientierte Pädagogik messe Qualität weniger an der Leistung als an den Beziehungen zwischen Lehrern, Kindern und Eltern, an den Lernstoffen, an der Art des Unterrichts und den Lernweisen der Kinder. Stimmen diese Punkte, stimme auch die Leistung. Beachtung zu schenken sei insbesondere den in den letzten Jahren immer offensichtlicher gewordenen Defiziten der Knaben.

Dass Erziehung und Sozialisierung Aufgabe der Familie, Bildung Sache des Staates sei, hält Largo für eine realitätsfremde Haltung. Sie diene weder den Kindern noch der Gesellschaft. Allein die Tausende von Stunden, die Kinder im Lauf ihrer Entwicklung in der Schule verbrächten, machten es unmöglich, die Erziehung allein der Familie zu überlassen. Das gilt für Largo vermehrt auch ausserhalb der Unterrichtszeit, beispielsweise in der Mittagspause oder im Anschluss an den Unterricht; 75 Prozent aller Mütter seien berufstätig.

Ins Klassenzimmer hinein blickt Allan Guggenbühl mit seinen Thesen. Beim Lernen gehe es nicht primär um Wissenstransfer, sondern um einen Prozess, der nach emotionaler Beteiligung und persönlicher Auseinandersetzung verlange. Für Kinder wichtig seien darum Lehrpersonen, denen sie täglich begegnen und die ihnen das Gefühl vermitteln könnten, als einzelner Mensch wichtig zu sein. Die heute feststellbare Verteilung der Verantwortung auf mehrere Lehrpersonen und Fachleute erschwere aber eine konstante Beziehungsarbeit und die Pflege der Emotionen.

Guggenbühl plädiert deshalb für eine Stärkung der Rolle der Klassenlehrperson. Gut geführte Klassengemeinschaften erhöhten die Attraktivität des Lernens und förderten die Eingliederung in die heimische Kultur. Das kann zwar als Forderung nach einer Rückkehr zur wohl endgültig überholten Rolle des Allrounders verstanden werden, zeigt aber, dass klare Verantwortlichkeiten und eine reflektierte Zusammenarbeit Grundvoraussetzungen für das Lernen in der Schule sind.

Geringschätzung der Erfahrung

Kritik müssen auch die pädagogischen Hochschulen einstecken. Was dort gelehrt werde, entspreche nur zum Teil der Situation, mit welcher junge Lehrkräfte in der Praxis konfrontiert werden, meint Urs Kalberer. Theorie und Praxis klafften auseinander, weil mit steigender Heterogenität der Klassen die Rezepte der Experten immer weniger taugten. Gerade bei der Umsetzung der Schulreformen seien die Lehrer als Teil des Problems gesehen worden: Den Spezialisten sei die Aufgabe des Denkens, der Lehrerschaft die Aufgabe des Ausführens zugeordnet worden. Dies bedeute eine fatale Geringschätzung der Erfahrung der Lehrkräfte - spürbar etwa bei der Einführung des Frühenglischen, gegen das sich viele Lehrkräfte gewehrt hatten. Das frühe Fremdsprachenlernen bringt für Kalberer gemessen am grossen Aufwand wenig.

Die Thesen der Interessengemeinschaft Kindgerechte Schule sind vor allem unter Lehrkräften auf

dankbares Echo gestossen, weil manche ihrer Forderungen damit von anderer Seite Bestätigung finden. Sie blenden manches aus, was zu den zentralen, weitgehend unbestrittenen Elementen der Reform der Volksschulen gehört, beispielsweise die Notwendigkeit einer gewissen Steuerung durch Bildungspolitiker und Experten im Interesse einer flächendeckend guten Qualität. Kurz: Sie können bestritten und ergänzt werden.

Eine hinreichend gute Schule

Die stark veränderten Anforderungen an die Schule haben die Balance der Interessen von Eltern, Lehrern, Bildungsbehörden, Politikern, von Wirtschaft und Gesellschaft aus dem Gleichgewicht gebracht. Eltern liegt in erster Linie der Erfolg des eigenen Kindes am Herzen. Freie Schulwahl, individualisierter Unterricht, Mitentscheidungsrechte sind typische Anliegen sozial bessergestellter Eltern. Anerkennung, Respekt und Gehör fordern Lehrer, auf Effizienz und möglichst störungsfreie Umsetzung von Reformen achten Bildungsbehörden - nicht selten auf Kosten ihrer Akzeptanz in Schulgemeinden und Schulhäusern. Die Wirtschaft verlangt fachlich gut vorbereitete, leistungsbereite und selbständige Schüler, die Gesellschaft beansprucht die Volksschule als Reparaturwerkstätte, für Integration, Betreuung und Erziehung. Und zwischen allen agieren die Politiker nicht ganz frei von Profilierungszwängen im Hinblick auf die nächsten Wahlergebnisse.

Wie ist ein minimaler öffentlicher Konsens über Aufgaben und Ziele der Volksschule wieder zu erreichen? Ende der 1950er Jahre hat der englische Kinderarzt und Psychoanalytiker Donald W. Winnicott den Begriff der «good-enough mother», der genügend oder hinreichend guten Mutter, geprägt. Bei Winnicott hatte er eine spezifische Bedeutung: Die Unvollkommenheit der Mutter sei entscheidend für die Entwicklung der Beziehungsfähigkeit des Kleinkindes in seiner ersten Lebensphase, in der es lerne, sich selber und die Mutter als verschiedene Objekte wahrzunehmen. Er ist aber auch dankbar aufgenommen worden von den vielen jungen Müttern, die sich damals dem Druck zur Perfektion in jeder ihrer Rollen ausgesetzt fühlten.

Könnte man in Analogie dazu vom Ziel einer hinreichend guten Volksschule sprechen? Eine hinreichend gute Volksschule kann und muss nicht allen Ansprüchen jeder Interessengruppe entgegenkommen, aber sie trägt zur gesunden Entwicklung der ihr anvertrauten Kinder massgebend bei. Sie verschliesst sich vor der Notwendigkeit ihrer Weiterentwicklung nicht und nimmt Impulse aus der Öffentlichkeit auf, ohne sich bedroht zu fühlen. Ausdiskutiert ist die Rolle der Volksschule noch nicht. Belebt würde die Diskussion durch genügend gute Beiträge.

Neue Zürcher Zeitung 20.10.2008, Nr. 245, S. 41

Zehn Thesen zur Volksschule

Die zehn Thesen wurden erstmals im September an einer Veranstaltung der Interessengemeinschaft Kindgerechte Schule in der ETH Zürich vorgestellt.

1. Die Volksschule kann nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen. Sie braucht eine eingeschränkte, klare Aufgabenstellung. (Fritz Osterwalder)
2. Die Volksschule ist eine Angelegenheit der Öffentlichkeit und nicht von Spezialisten und Verwaltung. (Fritz Osterwalder)
3. Emotionen und Beziehungen sind Voraussetzungen des Lernens und der Konfliktprävention; die Rolle des Klassenlehrers ist zu stärken. (Allan Guggenbühl)
4. Klassengemeinschaften sind als wichtige Lern- und Beziehungsfelder zu pflegen. Dafür sind auch die Mundart als Identifikationssprache und die heimatliche Geschichte wichtig. (Allan Guggenbühl)
5. Lernen nach Noten und Standards heizt den Wettbewerb zusätzlich an. Qualität bemisst sich in der Pädagogik nicht nur nach Leistung. (Remo Largo)
6. Auch die Schule muss Verantwortung für die Sozialisierung der Kinder übernehmen, auch ausserhalb des Unterrichts. (Remo Largo)
7. Gute Schüler sind Mädchen. Die Schule muss dem Wesen der Knaben wieder gerechter werden. (Remo Largo)
8. Frühes schulisches Fremdsprachenlernen ist ineffizient. (Urs Kalberer)
9. Die Ausbildung der Lehrkräfte leidet am Theorie-Praxis-Gefälle. (Urs Kalberer)
10. Die Lehrerweiterbildung ist konzeptlos und wird als Machtinstrument eingesetzt. (Urs Kalberer)